

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Liederung insoweit höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Patenvorschriften ohne Verbindlichkeit Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 1039. Postcheckkonto Berlin Nr. 44 40 Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.

NUMMER 306 A

BERLIN • Donnerstag, den 26. Januar 1933

2 JAHRGANG

Richtung: Staatsstreich.

AUS DEM INHALT:
Justiz reiht sich ein bei den Provokateuren.
Pulverfaß: Stiller Ozean.
Die politische Seite der Budget-Frage in Frankreich.
Betriebsratswahlen.
Indien in Weltwirtschaft und Weltpolitik.

Betriebsrätewahlen und Einheitsfront.

Von Fritz Grob.

Es ist ohne tiefer gehende Überlegungen klar, daß bei den sich immer mehr zuspitzenden politischen Verhältnissen in Deutschland die Einigkeit und das Vertrauen der Arbeiter in den Betrieben untereinander die dringendsten Voraussetzungen sind, damit Bereitschaft und Kampfeinsatz im richtigen Augenblick vorhanden sind. Deshalb ist der gegenwärtig einsetzende Kampf um die Betriebsratsposten wahrhaftig eine Spitzenleistung an Irrsinn kommunistischer Politik, der die allergrößte Kritik erfahren muß. Diese Politiker stehen offenbar Kopf und wissen nicht, was oben und unten ist. Was ist denn „unten“, wenn die Arbeit in den Betrieben nicht „unten“ ist? Welches sind denn die „unteren Organe“, mit denen sie die „Einheitsfront“ machen wollen, wenn nicht die Vertretungen in den Betrieben unmittelbar gegenüber den Unternehmern? Man braucht nur diese Frage zu stellen, um den Unsinn des kommunistischen Geredes von ihrer „Einheitsfront“-Politik von „unten“ aufzudecken.

Um die Schädlichkeit dieser Politik vor Augen zu haben, muß an die praktischen Folgen gedacht werden, wie sie die Erfahrung mit dieser Politik nun schon seit Jahren zeigt. Daß eine verständnisvolle Zusammenarbeit der verschiedenen Richtungen im Betriebsrat höchst selten ist, liegt auf der Hand, denn die gegenseitige Konkurrenz in der Ausnutzung der Schwächen und Blößen wird mit einem solchen Nachdruck betrieben, der wirklich besser dem Unternehmer gegenüber angebracht wäre. Wir erinnern an die Tätigkeit der kommunistischen Betriebszeitungen in der „Entlarvung“ freigewerkschaftlicher Betriebsräte. Wir erinnern ferner daran, daß der gegenseitige Kampf der Betriebsratsmitglieder dazu geführt hat, daß politische Funktionäre der einen oder anderen Partei-richtung mit Zustimmung der jeweiligen Betriebsratsmehrheit zur Entlassung kamen. Die Klagen, gerade der Kommunisten darüber, sind bekannt.

Über die bei solcher Selbsterfleischung allgemeinen Lähmung des Kampfwillens der Arbeiterschaft hinaus hat solch tolles Beginnen Folgen, die leider fast kaum Beachtung oder Erwähnung finden:

Die blühenden Kollegen, vor allem die charaktersvollsten, ziehen sich von einem solchen Kampf zurück, weil er den einfachsten Anforderungen der Vernunft widerspricht. Denn die allerwenigsten Kollegen bringen die nötige Überwindung auf, sich der Flut der Unvernunft entgegenzustellen. So ist eine Auslese der Betriebsfunktionäre vor sich gegangen, derzufolge die verkümmerten Richtungsfanatiker die Oberhand haben. Sonst wäre es auch kaum zu verstehen, daß bei all dem, was über die deutsche Arbeiterschaft bereits dahingegangen ist, die Einheitsfront von den Betrieben aus derartig schwachen Antrieb bekommt, wie das heute noch immer der Fall ist. Wären in den Betrieben heute die fähigsten, selbstbewußtesten und vernünftigsten Kollegen an der Führung, so hätten sie sich längst nach dem geschichtlichen Beispiel der Obloute-Organisation von 1917/18 zusammengesetzt und hätten allen linken „Betriebsräubern“ und allen rechten Kampfaboteuren das Handwerk bereits gelegt. (Und was vor allem wichtig ist, die deutsche Arbeiterklasse wäre somit bereits gerüstet gegen alle aktuellen faschistischen und kriegslüsternden Vorstöße der nationalen Meute.) Eine umfassende Organisation der Betriebsräte wäre die stärkste Macht in Deutschland. Das ist sicher auf manchen Seiten erkannt, aber leider nicht bei den Betriebsräten selber.

Die Aufgabe der Kollegen, die Betriebsräte zu wählen haben, ist damit hinreichend umschrieben. Nämlich: Alle diejenigen zum Teufel zu jagen, die den Richtungstreit in den Betrieben schüren.

An die obersten Stellen der Vorschlagslisten müssen solche Kollegen gestellt werden, die in der Tat bewiesen haben, daß ihnen der einheitliche Kampf der Arbeiter wichtiger ist als das Parteibekanntnis, und daß

W—er. Zu der gestern umlaufenden und von den rechten Zeitungen aller Schattierungen propagierten Forderung, die Regierung solle auf dem Umwege über die Erklärung eines sogenannten Staatsnotstandes den Reichstag formell ausschalten, läßt die Regierung erklärung: „Zu den in der Presse erörterten Staatsnotstandsplänen wird erklärt, daß die Reichsregierung keine Erwägungen über die Erklärung eines Staatsnotstandes anstellt.“

Mag sein, daß die Regierung keine solchen Erwägungen angestellt hat. Daß sie und die hinter ihr stehenden Kräfte wünschen, den Reichstag zu erledigen und die verfassungsmäßige Form der Regierung abzuändern in ein System der „Präsidentenregierung“, wird nicht nur durch Erwägungen, sondern auch durch Taten erhärtet, wie z. B. die Beseitigung der Preußenregierung am 20. Juli 1932.

Tatsächlich sind die Kräfte der konsequenten Reaktion, also des alten preußischen Junkertums, die die Raubrittermanieren am unverfälschtesten bewahrt haben, und deren Führer im Augenblick Hugenberg und der Landbundführer Kleckreuth sind, daran, die begonnene Attacke auf die Regierung weiterzuleiten: Die Reichstagsfraktion der DNVP hat die folgende Entschließung gefaßt:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist der Auffassung, daß eine grundsätzliche Entscheidung in einer Reihe von Lebensfragen der Nation, insbesondere eine durchgreifende Lösung der schwebenden Wirtschaftfragen erforderlich ist, um der unentgeltlichen „Not“ zu steuern. Dazu muß in erster Linie eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen, um die erforderliche Schlagkraft und Einheitlichkeit der Regierungsführung, und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik sicherzustellen. Die wachsende Notlage und die wachsende Erbitterung im Volke verlangt Klärung. Allzu lange dauern jetzt schon die mit der Demission des Papen-Kabinetts begonnenen Verhandlungen und Besprechungen in Berlin, um noch Verständnis im Volke zu finden. Die Politik des Hinhaltens und Zauderns stellt alle Ansätze einer Besserung in Frage. Die an sich schon so großen Gegensätze im Lande vertiefen sich immer weiter. Dazu trägt auch die mangelnde Einheitlichkeit in den Anschauungen und Äußerungen der einzelnen Ressortminister bei. Der unnatürliche Gegensatz zwischen Stadt und Land wird vertieft, während eine wahrhaft fruchtbare Wirtschaftspolitik nur auf der Grundlage des Bowedeins geführt werden kann, daß Stadt und Land eine untrennbare Schicksalsgemeinschaft bilden und daß einer vom andern lebt. Ohne ein Wiederansteigen der nationalen Güterproduktion und damit der Arbeit und der Kaufkraft ist die Lage des deutschen Volkes nicht zu verbessern. Aber dieser entscheidende Gesichtspunkt tritt weder in den Maßnahmen noch in den wirtschaftspolitischen Äußerungen der Reichsregierung hervor. Vielmehr wird in der Wirtschaftspolitik ein neues Abgleiten in sozialistisch-internationale Gedankengänge immer deutlicher. Eine besondere Gefahr bedeutet es, wenn man Gegensätze zwischen Groß und Klein, vor allem in der Landwirtschaft entstehen läßt und dadurch die Gefahr eines Bolschewismus auf dem flachen Lande hervorruft. Überall taucht der Verdacht auf, daß die jetzige Reichsregierung nichts anderes bedeuten werde als die Liquidation des autoritären Gedankens, den der Herr Reichspräsident mit der Berufung des Kabinetts von Papen aufgestellt hatte, und die Zurückführung der deutschen Politik in das Fahrwasser, das dank dem Erstarken der nationalen Bewegung verlassen zu sein schien.“

Von dem Zeitpunkt der Demission des Kabinetts Papen ab hat die Deutschnationale Volkspartei vor einer solchen Entwicklung ständig gewarnt. Bei ihren Anhängern im Lande und darüber hinaus hat das Versagen der Regierung steigende Enttäuschung und Gegnerschaft hervorgerufen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion gibt erneut ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Staats- und Wirtschaftskrise nur durch eine starke Staatsführung überwunden werden kann.

Daß auch die „Berliner Börsen Zeitung“ in das reaktionäre Geheul einstimmt, versteht sich: Nach der Erklärung der Reichsregierung, daß sie über einen Staatsnotstand keine Erwägungen angestellt habe, schreibt sie:

Worte und Taten bei ihnen in einem günstigen Verhältnis zueinander stehen.

Die Neuwahlen der Betriebsräte, die in diesem Jahre bereits stattgefunden haben, zeigen keineswegs ein einheitliches Bild insofern, daß etwa die KP oder die freien Gewerkschaften einheitlich die Gewinner wären. Sondern es ist so, daß in dem einen Betrieb die einen, in dem andern Betrieb, die andern Gewinner sind. Es kann aber angenommen werden, daß die KP im Ganzen bei den Betriebsrätewahlen dieses Jahres Fortschritte macht.

Wie gering bis jetzt ihr Einfluß auf diesem Gebiete ist, zeigen die Zahlen der Betriebsvertretungen aus den Jahren 1930 und 1931. Von 100 Betriebsräten entfielen auf:

„Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis, obwohl ihre Zweckmäßigkeit uns nicht gerade einleuchtet. . . . Eine wesentliche Änderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse würde eine Neuwahl in keinem Falle erbringen, dagegen mit Sicherheit unnütze Kosten und neue Beunruhigung Es wäre also u. E. durchaus begrifflich, wenn die Regierung sich nach Mitteln und Wegen umsehen würde, die zu einer Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse führen könnten.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ wendet sich ebenso wie die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei scharf gegen eine Verkündung des farnosen Staatsnotstandes, und zwar mit der Begründung:

Ein neuer Wahlkampf, wenn er nicht zu umgehen sei, könnte aber wenigstens ein Ziel haben: Die Beseitigung der nationalsozialistisch-kommunistischen Sperrmehrheit. Dieser Kampf gegen den rechten und linken Radikalismus sei keineswegs aussichtslos. Ein Erfolg bringe zwar auch noch keine Lösung, wohl aber eine Erleichterung der Lage. (Nämlich für das Zentrum. Red.)

Der Hintergedanke bei dieser keineswegs allgemein staatsstreichfeindlichen Zeitung ist also nur der, die kommunistisch-nationalsozialistische Mehrheit zu brechen, um dann vielleicht den Staatsstreich mit Zentrumshilfe zu riskieren, wie ihn eigentlich Brüning 1930 schon begonnen hat — eine Tat, den damals die gleiche Zeitung als „Ausbruch zu neuen Ufern“ bezeichnete.

Einen noch größeren Versuch eines Interessentenhaufens, Parteigeschäfte zu machen, stellt eine Rede dar, die der Landbundführer Freiherr von Lünick vor rheinischen Landbundmitgliedern am Dienstag in Krefeld gehalten hat. Er sagte hierbei u. a.: Das Volk hungere bei vollen Scheunen, es produziere bei gehäuften Kohlenhalden. Der ruhigste Bauer werde zur Verzweiflung gedrängt. Alle diese Anzeichen seien kein Zufall, sondern eine erfolgreich fortschreitende bolschewistische (1) Entwicklung.

In Deutschland ständen wir noch mitten in den geistigen Kämpfen, und bis zur Stunde sei es noch zweifelhaft, ob die Parole der bolschewistischen Gegner oder die Abwehrarbeit der christlich-nationalen Front den Sieg erringe.

Also alle jene widerwärtigen Erscheinungen des kapitalistischen Systems, das gewiß nicht durch die Bolschewisten in die Welt gesetzt wurde, kann man heute den „bolschewistischen Untrieben“ in die Schuhe schieben, ohne daß die so Belogenen den Redner vom Podium prügeln. Die ganze Art der reaktionären Unverfrorenheit kommt in dieser einen Spitzenleistung zum Ausdruck, und es ist bezeichnend, daß jener gewiß christliche Herr eine Beseitigung des heutigen Zustandes ausgerechnet von einer religiösen Erneuerung erwartet, womit er sicher meint, daß die Herrschaft der Pfaffen gefestigt werden müßte!

Mag also Herr von Schleicher Erwägungen anstellen oder nicht, oder mag Hindenburg über die Gewissenskonflikte, in die ihn die Forderungen seiner Klassen-genossen bringen, denken wie er will, — diese Klassen-genossen der Reaktion selber sind stärker als ihre noch zögernden Exponenten.

Die Arbeiterschaft sitzt auf einem Pulverfaß. Sie kann sich vor der drohenden Explosion noch retten, allerdings nur durch eine entschlossene und kluge und vor allem schnelle Einleitung einer umfassenden Einheitsfrontarbeit, die ohne sachliche und allen Tellen gerecht werdende Liquidation der bisherigen Politik des Irrtums und der Verleumdung bedeutet.



	1931	1930
Freie Gewerkschaften	83,6	86,9
Christlich	7,9	7,2
Hirsch - Duncker	1,1	1,0
Kommunistisch	3,4	1,5
Nationalsozialistisch	0,5	—
Sonstige	3,5	3,4
	100	100

Diese Erhebung erstreckte sich 1930 auf Betriebe mit insgesamt 5,9 Millionen Beschäftigten, die insgesamt 154 145 Betriebsvertretungsmitglieder wählten, im Jahre 1931 erstreckte

sich die Erhebung auf Betriebe mit 4,6 Millionen Beschäftigten, die 138 418 Betriebsvertretungsmitglieder wählten.

Auch in der Metallindustrie, die ja die verhältnismäßig wichtigsten und größten Betriebe umfaßt, auf die die KP mit Recht auch ihre Aufmerksamkeit konzentriert, beträgt der Anteil der kommunistischen Betriebsräte nur rund 5 Prozent. Und es ist keineswegs so, daß diese 5 Prozent etwa ausschließlich auf Großbetriebe entfallen.

Diese Zahlen zeigen schon, in wie hohem Maße die Freien Gewerkschaften noch immer der Rahmen sind, der eine große

Einheit der Arbeiter umschließt und in dem die Einheitsfront verhältnismäßig leicht vollkommen verwirklicht werden kann.

Die Parole der Freien Gewerkschaften: „Einigung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften“, hat große Überzeugungskraft und ist auch richtig. Diese Einigung kann weitgehend gefördert werden dadurch, daß in den Betrieben bei den Betriebsrätewahlen nur eine Liste der Freien Gewerkschaften aufgestellt wird und keine roten oder sonstige genannten „Einheitsfront“-Listen. An die Lösung dieser Aufgabe seine Kraft zu setzen, sollte das Bestreben jedes Genossen und Kollegen sein.

Pulverfaß: Stiller Ozean.

Daß das Vordringen des japanischen Imperialismus mit der Annektierung der Mandchurei nicht erledigt sein wird, zeigt eine neuerdings an die Öffentlichkeit gezogene Tatsache.

Die Japaner haben auf den Marianen und auf den Palau-Inseln Flottenstützpunkte ausgebaut,

obwohl dies dem sogenannten Washingtoner Viermächtepakt (1922 gleichzeitig mit dem Neunmächtepakt abgeschlossen) über die Beschränkung der Flottenbefestigung im Stillen Ozean widerspricht. Die genannten Inseln gehören zu dem ehemals deutschen Kolonialbesitz der Karolinen, die Japan als Treuhänder des Völkerbundes als Mandatsgebiet verwaltet. Das strategische Festsetzen Japans auf den Karolinen bedeutet gegenüber den USA eine Gefährdung der direkten Verbindung USA-Philippinen.

Die japanische Frechheit gegenüber den USA

ist um so größer, als der vertragswidrige Ausbau des Hafens in Saipan (Marianen) durch die Japaner sich geradezu vor der Nase der Amerikaner vollzogen hat: Saipan liegt unmittelbar bei dem amerikanischen Stützpunkt Guam, der neben Honolulu einer der Brückenpfeiler der Verbin-

Rüstungskontrolle.

Die Genfer Besprechungen.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage der Rüstungskontrolle. Das Prinzip des Untersuchungsrechtes des Kontrollausschusses — d. h. der Befugnis dieses Ausschusses, zu untersuchen, ob gegen das internationale Abrüstungsabkommen verstoßen wird — wurde angenommen.

Die amerikanische Regierung setzte einen Antrag durch, nach dem Staaten die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen sich selber beantragen können, um sich im Fall eines Pressefeldzuges zu rechtfertigen. Der deutsche Vertreter war gegen diesen Antrag, weil dadurch auf Regierungen ein moralischer Druck ausgeübt werden kann, das Verfahren in jedem Fall eines Pressefeldzuges zu beantragen. Ein moralischer Druck ist den Deutschen offenbar unangenehm.

Der Generalsekretär des Völkerbundes empfing ein neues peinliches Telegramm: die peruanische Regierung beantragt, daß der Völkerbundsrat den beiden streitenden Partnern Peru und Kolumbien jede weitere Gewaltanwendung verbieten solle. Die Friedensliebe dieses Telegramms erscheint in etwas anderem Lichte, wenn man sich daran erinnert, daß es peruanische Soldaten waren, die plötzlich am 1. September vorigen Jahres die kolumbische Stadt Leticia besetzte, um deren Wiedereroberung die Kolumbier jetzt Krieg führen.

Hirtenberger Waffentransport.

Beschwerde der Kleinen Entente beim Völkerbund?

Der Waffenschmuggel von Italien über Oesterreich nach Ungarn, den die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aufgedeckt hat, wird wahrscheinlich von der Kleinen Entente vor den Völkerbund gebracht werden. Erstens ist Oesterreich nach dem Friedensvertrag nicht dazu berechtigt, Waffentransporte zuzulassen, und zweitens vermutet man, daß Ungarn im Geheimen aufrüstet. Die Regierungen der Kleinen Entente wollen jedoch ihr Vorgehen von der Stellungnahme der Großmächte abhängig machen, die bisher anscheinend wenig Neigung gezeigt haben, der Sache auf die Spur zu gehen.

Molotow

über russische Außenpolitik.

In seiner Rede vor dem Zentralvollzugsausschuß der Sowjetunion am Montag hat Molotow, der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, einen Ueberblick über den Stand der russischen Außenpolitik gegeben.

Als befriedigend schilderte Molotow Rußlands Beziehungen zu folgenden Ländern:

zu den Randstaaten und Polen (Nichtangriffspakte); zu Deutschland (die besten wirtschaftlichen Beziehungen); zur Türkei, zu Afghanistan und Persien. Molotow erwähnte Nankings Wendung zu einer freundschaftlicheren Politik gegenüber Rußland, die sich in der Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen äußere.

Ueber den russisch-französischen Nichtangriffspakt könne im Augenblick nichts gesagt werden, da noch nicht heraus sei, ob der Vertrag wirklich ratifiziert werde. Die Beziehungen zur Tschechoslowakei und zu den USA seien noch unentschieden.

Als „veraltete Methode“ glossierte Molotow die amerikanischen Absichten, vor Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Rußland erst eine Studienkommission der USA nach Rußland zu schicken; die Sowjetunion bestehe seit fünfzehn Jahren, der Fünfjahresplan sei erfüllt, jeder könne sich in Rußland umsehen.

Unbefriedigt äußerte Molotow sich über England (Kündigung des Handelsvertrages), Rumänien (Ablehnung eines Nichtangriffspaktes durch Rumänien) und Japan.

Rußlands Haltung in bezug auf einen Nichtangriffspakt mit Japan sei unverändert. Molotow wies die Angriffe des japanischen Außenministers über die angebliche kommunistische Propaganda Rußlands in China zurück. Nichteinmischung und strengste Neutralität sei der Grundsatz der russischen Fernost-Politik.

derung Amerika-Philippinen ist. Setzen sich die Japaner auf den Karolinen fest, so ist

außerdem das Gebiet von Australien und der nördlich davon liegenden Inseln ihren Angriffen ausgesetzt.

Der Konflikt der drei Imperialisten Japan, USA, England im Stillen Ozean hat also eine neue Verschärfung erfahren.

Die Sache ist, nachdem die ersten Nachrichten aus amerikanischen Quellen gekommen waren, in den Geheimsitzungen des Mandatsausschusses des Völkerbundes enthüllt worden: nach einem Kreuzverhör hätten die japanischen Vertreter — so berichtet der englische „Daily Herald“ — zugegeben, daß Japan bereits zwei Millionen Mark in den Ausbau der beanstandeten Häfen hineingesteckt hätte. Werden die Japaner also geneigt sein — so fragt man sich —, dort wieder zu verschwinden? Auch in der Mandchurei haben sie (vor Jahren) damit begonnen, Kapital anzulegen.

Das japanische Marineministerium hat sich zu den Enthüllungen geäußert: die Meldungen des „Daily Herald“ seien stark übertrieben.

Fünf Chinesen wurden hingerichtet, weil sie an einem mißglückten Anschlag auf den mandschurischen Ministerpräsidenten teilgenommen haben sollen. (Meldung aus Tschangtschun, der mandschurischen Hauptstadt.)

Kommunistischer Abgeordneter in Sofia ermordet.

Am Dienstag wurde der Abgeordnete der bulgarischen Arbeiterpartei Traikoff auf offener Straße in Sofia durch fünf Pistolenschüsse ermordet. Traikoff, auf den schon einige mißglückte Attentate unternommen worden sind, war Redakteur der „Mazedonischen Fahne“. Es ist anzunehmen, daß die Attentäter, die unerkannt entkommen sind, Anhänger des faschistisch-mazedonischen Michailoff sind, die derartige Mordtaten in großer Menge verüben und fast immer „unerkannt entkommen“.

Als die übrigen Abgeordneten der Arbeiterpartei von dem Mord an ihrem Genossen erfuhren, verließen sie das Parlament. Auf der Straße bildete sich zum Protest ein Demonstrationzug. Die Polizei ging sofort gegen die Arbeiter vor; nach einigen Schreckschüssen und Verhaftungen gelang es ihr, den Zug aufzulösen.

In Bulgarien wie in Deutschland: Den Mördern von rechts freie Bahn, sie „entkommen unerkannt“. Aber wer von der terrorisierten Arbeiterschaft es wagt, den Mund aufzumachen, bekommt Gummiknüppel und Kerkerwände zu spüren.

Kriegsschuldenverhandlungen im März.

Roosevelt will sich mit allen Schuldnern einigen.

In einer amtlichen Mitteilung fordert die Regierung der USA die britische Regierung auf, zu Anfang März eine Abordnung von Finanz- und Wirtschaftssachverständigen zur Behandlung der Kriegsschuldenfrage nach Washington zu entsenden.

Roosevelt hat erklären lassen, daß er bereit sei, mit allen Schuldnerländern im März Verhandlungen zu beginnen, allerdings mit jedem Lande einzeln. Die italienische, tschechische, finnische, estländische und lettische Regierung werden zum 4. März Vertreter nach Washington senden. Was die Schuldnerländer anbetrifft, die im Dezember die fällige Rate nicht bezahlt haben, so betrachtet Roosevelt diese Zahlungen als aufgeschoben und ist bereit, mit den betreffenden Ländern Verhandlungen anzubahnen, sobald die Zahlungen nachgeholt sind. Es wird angenommen, daß die französische Regierung den Ausgang der britisch-amerikanischen Verhandlungen abwarten wird, ehe sie sich selber um Verhandlungen bemüht.

Der neugewählte amerikanische Kongreß, der im März sein Amt übernimmt, wird wahrscheinlich für eine gewisse Schuldensenkung zu haben sein, wenn die Schuldnerländer den Vereinigten Staaten als Gegengabe Zugeständnisse machen, durch die die amerikanischen Handelsinteressen gefördert werden. Eine der wichtigsten Forderungen amerikanischer Wirtschaftskreise ist die Stabilisierung des Pfundes. Andere Forderungen sind: Abänderung der Verträge von Ottawa in bezug auf den kanadisch-amerikanischen Handel, Herabsetzung der Zollschränken u. s. w.

Das Interesse der USA an einer Rückkehr Englands zur Goldwährung ist so groß, daß die britische Regierung, wenn sie sich auf diese Forderung überhaupt einläßt, in Washington wahrscheinlich diejenige sein wird, die Ansprüche auf Gegengaben seitens der USA stellen wird.

Der britische Schatzkanzler Chamberlain hat in einer Rede vorgeschlagen, daß die gesamten Kriegsschulden Großbritanniens durch eine Pauschalsumme abgelöst werden, die durch eine in den USA aufgenommene Anleihe sofort bezahlt wird. Die britische Regierung übernimmt dann den Zinsendienst für diese Anleihe.

Der Boykott englischer Baumwollwaren in Indien hat in Bombay wieder begonnen. Indische Baumwollmakler werten sich, die mit englischen Firmen abgeschlossenen Geschäfte einzuhalten und verließen mit dem Ruf „Lang lebe Gandhi“ die Börse.

Die politische Seite der Budgetfrage in Frankreich.

Die Angst vor der Reaktion.

Im Grunde genommen ist das Problem des französischen Staatshaushalts sehr einfach: Entweder läßt die Wirtschaftskrise erheblich nach, dann werden die Steuern wieder reichlicher eingehen, und das Defizit im Staatshaushalt kann ohne Schwierigkeiten zum Verschwinden gebracht werden. Oder aber die Wirtschaftskrise geht nicht vorüber, dann werden die Staatseinnahmen weiter sinken (und die Ausgaben wahrscheinlich weiter steigen) und alle jetzt aufgestellten Finanzprogramme werden nur auf dem Papier ein Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben zeigen.

Das weiß die Regierung natürlich so gut wie jeder andere. Wenn sie trotzdem auf das papierne Gleichgewicht Wert legt, so um zu verhindern, daß wegen der wachsenden Verschuldung der französischen Staatsverwaltung im Inland unter den Sparern und auf den fremden Märkten unter den Spekulanten eine Panik ausbricht, daß dadurch der Franc weiter entwertet und der Sturz der Regierung unvermeidlich wird. Dies fürchtet sie um so mehr, als die Reaktion auf politischem Wege eine solche Panik künstlich zu erzeugen sucht, um wieder an die Macht zu kommen. Denn die Rechte sieht, daß gegenwärtig die französische Bevölkerung in großen Massen nach links rückt und ein wachsendes Verlangen nach weitgehenden Reformen zeigt. Schon einmal haben die reaktionären Kräfte auf dem Wege über wirtschaftliche Machtstellungen eine radikale Regierung zum Fall gebracht: die erste Regierung Herriots, die im Jahre 1926 mit der Nationalen Union und der Rückkehr Poincarés in die Regierung endete.

In Finanzsachen wie in vielen anderen Dingen fürchtet die Regierung eine Wiederholung der Ereignisse von 1926 und möchte diesen zuvorkommen, indem sie selber schon tut, was der Poincaré von 1933 sonst an ihrer Stelle tun würde. Nur wenn man dies bedenkt, kann man die Handlungsweise der jetzigen radikalen Regierung in Frankreich verstehen.

Der Regierungsplan.

Zur Verhinderung dieser künstlichen Panik, die zu ihrem Sturze führen würde, hält die Regierung es für besser, einen auf dem Papier ausgeglichenen Staatshaushaltsplan vorzulegen. Die Presse hat die wichtigsten Einsparungen und neuen Aufbringungen dieses Programms wiedergegeben. Ganz kurz zusammengefaßt handelt es sich um folgende Posten:

Verringerung der Ausgaben: für Pensionen und Renten ergibt 2,0 Milliarden Francs, für Personalausgaben 1,2, für Rüstungen 0,6, für öffentliche Arbeiten 1,0, für verschiedene kleine Kredite 0,5 — zusammen 5,3 Milliarden Francs.

Erhöhung der Einnahmen: Schon bewilligte Posten 1,8 Milliarden Francs, Aufhebung von Steuerbefreiungen 1,9, Steuererhöhungen 1,1, Erhöhung von Stempelabgaben 0,2, Einfuhrsteuer 0,4 — zusammen 5,4 Milliarden Francs.

Der sozialistisch-radikale Gegenplan.

Die Sozialisten haben kein Geheimnis daraus gemacht, daß sie den sofortigen völligen Ausgleich des Budgetdefizits durch Einsparungen und Erhöhung der Abgaben für möglich halten und einen Plan ausgearbeitet, der nicht viel mehr als die Hälfte des Defizits durch solche Maßnahmen decken will. Sie haben durch die Aufstellung dieses übrigens sehr sorgfältig durchdachten Plans jedenfalls soviel erreicht, daß ihre Ansichten in den Beratungen der Finanzkommission zur Geltung gekommen sind.

Dies verdanken sie der Haltung der radikal-sozialistischen Kammerfraktion. In der Radikalen Partei ist in den letzten Monaten eine große Veränderung vor sich gegangen. Seit dem Parteitag im vergangenen Jahre, der noch fast einstimmig Herriot zugejubelt hat, hat sich eine überraschend starke Opposition gebildet, die behauptet, daß Herriot genau so reaktionär wie Tardieu regiert habe. Diese Entwicklung nach links, die sich in der Partei vollzogen hat, macht sich auch in der Kammerfraktion bemerkbar.

So ist ein neuer Plan der sozialistischen und radikalen Mitglieder der Finanzkommission zu Stande gekommen, der folgendes Gesicht trägt:

Das Defizit wird nur zu drei Vierteln (7,6 Milliarden Francs) ausgeglichen. Der Rest soll durch Anleihen aufgebracht werden, ein Verfahren, das man ohne Gefahr anwenden kann, soweit dies von den Sparern abhängt, die ihr Geld sicher anlegen wollen. Allerdings hat die Regierung erklärt, sie würde sich mit einer Aufnahme neuer Anleihen nicht einverstanden erklären.

Jene 7,6 Milliarden sollen nun in folgender Weise aufgebracht werden:

1. Verwaltungsreform und Verschärfung der Steuerkontrolle 2,5 Milliarden Francs, 2. Verminderung der Rüstungskredite 1 Milliarde, 3. Kürzung von Pensionen, Renten und Personalausgaben 0,6, 4. Uebertragung eines Teils der Ausgaben für Pensionen und Renten auf die Amortisationskasse 2 Milliarden, 5. Ueberweisung gewisser Kredite an den Arbeitsbeschaffungsplan 1,5 Milliarden.

Die Lage der Regierung.

Die Regierung kann, wenn sie den Mut dazu aufbringt, dem Finanzkapital die Gefolgschaft kündigen.

Oder die Regierung kann nach einem neuen Kompromiß suchen. Dazu bietet ihr die Tatsache Gelegenheit, daß sie auf die Unterstützung des Senats rechnen kann. Hat doch der Staatspräsident erst kürzlich, als er von der Autorität des Staates sprach, betont, daß nur die Regierung das Recht habe, Budgetpläne auszuarbeiten.

Daraus ergeben sich zwei Möglichkeiten: Entweder nimmt die Kammer den neuen Plan der Sozialisten und Radikalen an, dann wird der Senat Einspruch erheben. Oder Chéron legt dem Senat seinen alten Plan vor und der Senat nimmt ihn an, dann wird die Kammer Einspruch erheben. Die Regierung hat — wie oben bekannt wird — im Ausschuß angekündigt, daß sie ihren Plan bei den Beratungen in der Kammer, die am Donnerstag beginnen, verteidigen wolle. Die Verantwortung für den Ausgang der Beratungen in der Kammer müsse sie den Abgeordneten überlassen, so erklärte die Regierung drohend. Ministerpräsident Paul-Boncour sprach auch davon,

daß er zwar Wert auf die Zusammenarbeit mit der Kammer lege, gleichzeitig aber die Autorität des Staates aufrechterhalten wolle.

Gerhard Kumleben (Paris).

Mittel gegen Heiserkeit.

Mittel für Heiterkeit.

Pfarrer Künzle empfiehlt in seinem „Volkskalender“ folgendes Mittel gegen Heiserkeit:

„Gegen die chronische Heiserkeit hilft auf die Dauer nur das Tragen eines Vollbartes. Dieses habe ich in sehr vielen Fällen erprobt gesehen. Das beständige Rasieren des Bartes ist ein Eingriff in die Natur und rächt sich oft. Unser Herrgott hat dem Mann sicher nicht deshalb den Bart verliehen, damit er geplagt sei mit dem Rasieren.“

Unser Heiland trug den Bart und trägt ihn jetzt noch, einen rasierten Heiland kann sich niemand vorstellen, dagegen werden die Schergen immer glatt rasiert abgebildet.“

Leider hat der Herr Pfarrer mit dem Vollbart uns nicht geraten, auf welche Art die Kinder, Frauen und Mädchen nun in den Besitz eines Vollbartes gelangen, um sich gegen Heiserkeit zu schützen.

Dieses Geschichtchen bringt der „Freidenker“. Ob sich der Pfarrer auch die Haare vom Kopf nicht schneiden läßt. Aber vielleicht wachsen sie bei ihm nach innen und also in's Gehirn!

Einträgliche „Wunder“.

„Seelig sind die geistig Armen“.

DFV. Das belgische Dorf Beauring in den Ardennen bildet seit kurzem den Mittelpunkt einer sehr starken Erregung der dortigen Bevölkerung. Fünf Kinder, im Alter von neun bis vierzehn Jahren, vier Mädchen und ein Knabe geben vor, daß ihnen zuerst am 29. November und seither wiederholt im Garten der Schulschwester von Notre Dame die „heilige Jungfrau“ erschienen sei. Die Kinder und auch die Bevölkerung glauben, daß es sich um eine Wiederholung der Wundererscheinungen von Lourdes handle.

Unter Veränderung der Stimme geraten die armen Kinder in Extase, die etwa fünf Minuten dauert. Nach Angaben der Kinder antwortete die „Erscheinung“ auf ihre Frage, was sie tun sollten, zuerst mit einem Lächeln, in späteren Extasen forderte sie die Errichtung einer Kapelle an dem Ort ihres Auftretens.

Durch diese seltsame Forderung wird allerdings dieses „Wunder“ etwas verständlicher. Mit der Errichtung einer Kapelle würde das Dorf selbstverständlich zu einem Wallfahrtsort mit allen den damit verbundenen materiellen Vorteilen.

Eine freche Lüge.

Ernährungsreformer und Tierfreunde: Achtung!

In der „Oberschlesischen Volksstimme“ (Gleitwitz) erschien vor einiger Zeit ein Aufsatz von Heinrich Powroslo, dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberschlesien des Deutschen Fleischer-Verbandes, mit der Überschrift: „Der Wert des Fleisches als Nahrungsmittel“. Unter vielen längst überholten Gründen wird zugunsten des Fleischgenusses folgendes angeführt:

„Die unleugbaren Schäden der reinen Pflanzenkost haben den schweizerischen Vorkämpfer der vegetarischen Idee, Dr. Bircher-Benner, veranlaßt, seine bisherigen Prinzipien abzuschwören und sich zur Fleischkost zu bekennen.“

Das ist eine glatte Lüge!

Bircher-Benner erklärte auf eine Anfrage der „Neuform-Rundschau“ hin ausdrücklich, daß er seine bekannte Ernährungsweise nach wie vor vertrete. Und diese ist nicht nur gesünder als Fleischkost, sondern auch anständiger: sie dient nicht der Unterstützung des Tiermordes!

Falsche und richtige Methoden.

M. H. „Es ist Gefahr im Verzuge!“ Unter diesem Motto stand die öffentliche Versammlung, die zu diesem Thema gestern Abend im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht stattfand. Welche Gefahr hatte hier vorwiegend Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung auf den Plan gerufen? Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten steht zur Diskussion. Es ist manchen reaktionären Kreisen zu fortschrittlich, und darum ein Dorn im Auge. Durch dies Gesetz wurde die polizeiliche Regulierung der Prostitution, die Kasernierung und das Bordellwesen aufgehoben; an die Stelle der Polizeikontrolle sollte die Erfassung der Ursachen treten, der Fürsorge wurden die Tore geöffnet. Trotz großer Mängel und Lücken, die in diesem Gesetz zu finden sind, war es zweifellos ein Fortschritt, sowohl vom medizinischen Standpunkt aus (in bezug auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten), wie vom ethischen Standpunkt, da es mit der Beseitigung der Regulierung einen groben Schandfleck der staatlichen Manifestierung doppelter Moral auslöschte. Frau Lüders erinnerte an die „alten“ Zeiten des Kampfes gegen diese doppelte Moral, in denen „solche Damen“ (das heißt solche, die gegen die Regulierung auftraten) „eine größere Gefahr darstellten, als die Einrichtung der Prostitution selber“, — wie ein prominenter Regierungsvertreter seinerzeit gesagt hat. Sie erinnerte an den „alten Geist“, den sie z. B. bei den Stadtvertern von Straßburg erlebte, die beschlossen, außerhalb der Stadt ein Bordell einzurichten, damit eine dort errichtete Badeanstalt durch diesen Anreiz besser besucht würde und so mehr Geld in den Stadtsäckel flösse, — wodurch gleichzeitig noch das Droschkenkutschergewerbe angekurzelt würde! Dieser alte Geist geht heute bereits wieder um, obwohl erst fünf Jahre vergangen sind, seit man ihn mit Erlaß des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten endgültig begraben glaubte. Vorschläge zur Umänderung des Gesetzes werden von maßgebenden Stellen erwogen, die anumen wie aus dem Mittelalter. Ein solcher von Vertretern einer großen Stadt Westdeutschlands wurde der Versammlung mitgeteilt; danach soll die Prostitution ausdrücklich als Gewerbe anerkannt werden; besondere Konzessionsausschüsse sollen gebildet werden, die Anträge auf Einrichtung von

Bordellen zu prüfen haben. In ihnen soll — großmütigerweise — sogar das Jugendamt vertreten sein! Pflegeamt und Jugendamt sollen die ehrenvolle Aufgabe erhalten, die „Betriebsräume“ zu revidieren. Eine besondere Gewerbeordnung soll geschaffen, bestimmte Preise festgesetzt werden. Eine Gewerbesteuer wird merkwürdigerweise hier nicht vorgeschlagen. Das Sich-Anbieten der Prostituierten auf den Straßen soll völlig verboten werden, zur Erleichterung des Auffindens der fraglichen Wohnungen soll dafür jeder Polizist angehalten werden, die nötigen Auskünfte zu erteilen! Diese Stichproben genügen, um den Ungeist der mit derartigen Neuerungen beschäftigten Stellen zu zeigen. Sie lösten den einmütigen Protest der Versammlung aus — einschließlich der Vertreter zahlreicher Behörden. Gewiß — es rufen heute viele nach der Polizei, weil ihnen das „Straßenbild“ nicht gefällt; sie sehen nicht gern die vielen immer zahlreicher werdenden Frauen, die sich an den Straßen und Plätzen anbieten; sie möchten nicht, daß die Prostitution, von der sie selber vielleicht sogar Gebrauch machen, so augenfällig und offenkundig wird, damit gerade zur Kritik herausfordernd. Dieser Ruf paßt ganz in unsere Zeit, in der der Säbel wieder rasselt und die den Ursachen der sozialen Schäden nirgends auf den Grund geht. — Frau Jäger sprach aus der Zeit der Praxis der Gefährdetenfürsorge und verteidigte warm den Gedanken der Fürsorge, gerade für die jungen Menschen, die durch Polizeikontrolle nur tiefer in den Abgrund geraten.

Bedauerlich, daß sie schwieg — wie auch die anderen Redner — von den heute völlig fragwürdig gewordenen praktischen Möglichkeiten zu durchgreifender Fürsorge, die sie, wie auch die übrigen zahlreich anwesenden Fürsorgefrauen, ja nur allzugut kennen muß. Wenn auch vielleicht dies Gesetz bestehen bleibt, das die Fürsorge an die Stelle der Polizei setzte, — was nützt es, wenn die Not ins Ungemessene steigt? Proteste gegen die Neueinführung der Regulierung sind notwendig, und jeder, der gegen „doppelte Moral“ überhaupt ist, wird sie unterstützen. Den Ursachen der Prostitution aber — den wirtschaftlichen wie den sonstigen — kann mit Erfolg erst in einer neuen Gesellschaftsordnung der Kampf angesagt werden.

Neuer Terror durch Nazistudenten.

Cohn wird weiter belästigt.

Aus Breslau wird gemeldet:

Nach einer mehrwöchigen Pause nahm am Dienstag vormittag Professor Cohn seine Vorlesungen wieder auf. Gleich nach Beginn sammelten sich auf einem Korridor etwa 200 Studierende, die Lieder wie „Burschen, heraus!“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ sangen. Die Polizei rückte in erheblicher Stärke an und verbot das Singen, worauf die Studierenden in Sprechbüchsen „Cohn heraus!“ riefen. Darauf räumten die Beamten den Korridor und drangen auch in mehrere Hörsäle ein, in die sich ein Teil der Studentenschaft zurückgezogen hatte. Die Professoren protestierten gegen die polizeiliche Störung und brachen zum Teil die Vorlesungen ab. Die Kundgebungen setzten sich unter dem Gesang des Deutschlandliedes vor der Universität fort. Professor Cohn führte seine Vorlesungen ungestört zu Ende. Die Polizei nahm eine größere Anzahl von Feststellungen vor.

Bei der zweiten Vorlesung Professor Cohns um 11 Uhr wiederholten sich die Vorgänge. Zur gleichen Zeit fanden größere Protestkundgebungen vor der Universität statt. Nachdem Professor Cohn die Universität durch einen Nebenausgang verlassen hatte, setzte sich die Kundgebung vor der Universität fort. Die Polizei ging energisch vor und riegelte die Straßenzüge vor der Universität ab. Oft wurde vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht. Zwei Nationalsozialisten wurden erheblich verletzt. Die Polizei nahm außerdem eine Reihe von Feststellungen vor.

Der beschämende Rückzug Professor Cohns hat diesem also, wie zu erwarten war, nichts genützt. Die Herren Pro-

fessoren protestierten bei diesem Skandal offenbar nur, als die Polizei die Radaubröder zur Ruhe brachte, und nicht, als die Studenten — statt zu lernen — tobten.

„Münchmeyers Erzählungen.“

1. Kaiser und Hitler.

Am 10. Januar erzählte der ehemalige evangelische Pastor Münchmeyer in einer Münchener NS-Versammlung:

Eine frühere Töchterchulfreundin der zweiten Frau Wilhelms II. war vor kurzem in Doorn. Dort sah sie auf dem Schreibtisch Wilhelms ein Buch liegen mit der Aufschrift: Hitler: „Mein Kampf.“ Erstaunt fragte sie: „Liest denn der Kaiser solche Bücher auch?“ Und Hermine antwortete:

„Der Kaiser bedauert aufs tiefste, Bücher wie dieses nicht früher gekannt zu haben, sonst wäre manches anders in Deutschland gekommen.“

Hitler und Wilhelm sind einander wert!

2. Das „Gebet eines Jünglings“.

Münchmeyer beschloß seine Rede mit einem Gedicht, in dem es unter anderem heißt:

„Von Sinnenlust und Lüge mach uns frei!“

Wir begreifen diese Bitte; denn in einem Urteil des Schöffengerichts Emden steht der Satz:

„Münchmeyer hat sich wiederholt an Frauen herangemacht und sie sich, teils unter Ausübung eines unzulässigen Druckes, teils, indem er sich als reicher Kaufmann ausgab, gefügig machen wollen.“

„Und Sie, Herr Feldwebel, wann müssen Sie nun vor?“ fragt Funk, nur um höflich zu sein.

Fähnlein wird unwillig. Er versteckt Verlegenheit hinter Ungnade. „Ich? Grad' hab' ich Ihnen gesagt, daß ständiger Platz des Reviers Ortsunterkunft Fournes ist. Ich muß dauernd hier sein, und es gibt mehr zu tun als irgendwo anders.“

„Das glaube ich“, heuchelte Funk achtungsvoll, und Fähnlein ist versöhnt.

„Na ja“, verkündet er. „Lang' kann es sowieso nicht mehr dauern. — Nein, ich mein' jetzt nicht, was Sie feixend meinen, Funk. Daß Sie lachen können, seh' ich übrigens zum erstenmal, aber Sie lachen zu früh. Ich mein', wir werden nicht mehr viel älter im bisherigen Gang. Eine leise, eine ganz leise zunehmende Unruhe ist beim Gegner zu verspüren. Was mich betrifft, ich glaub', da bereitet sich was vor. Der Asam weiß es ja natürlich besser, der ist immer gegenteiliger Ansicht, ob das einen Sinn hat oder nicht. Aber ich bin sicher, die Erkundungsflieger, die nächtlichen ängstlichen Patrouillen, die haben was zu bedeuten. Da rumpelt's demnächst kräftig.“

Er tritt plötzlich einen Schritt zurück. Er räuspert sich und nimmt eine steife, halb dienstliche Haltung an. „Funk, haben S' schon einen Toten gesehen? Passen S' auf, Sie sollen Ihren ersten Kriegstoten sehen. Ich hab' seit heut' morgen einen gefallenen englischen Offizier in Verwahrung.“

Funk hat das Gefühl, jemand sagt: ich habe seit heute morgen frische Ware auf Lager. Er ist verwirrt, er fragt: „Hier getötet? Wie kommt denn der Engländer —?“

Fähnlein lacht. „Ah nein! Man sieht, Sie kennen Ihnen noch immer schlecht aus. Er ist vor drei Nächten auf einem Schleichgang herübergekommen mit ein paar Mann. Im Schein der Leuchtkegel sind sie aber von den Unseren rechtzeitig entdeckt worden. Er ist im Feuer geblieben. Die nicht getroffenen sind, haben sich und Verwundete zurückbringen können. Ihn haben sie liegen lassen. Er ist bis gestern in unserem Drahtverhau gehangen. Dann haben ihn die Unsern in den Graben geholt. Von da haben ihn die Krankenträger auf den Verbandplatz geschafft. Von da hat ihn heut' morgen, wie's noch dunkel war, der Totenwagen hierher gefahren.“

(Fortsetzung folgt.)

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1928 by G. Kiepenheuer Verlag AG. Berlin.

Aber jetzt stellte er den Neuling, um ihn merken zu lassen, daß auch er jemand sei. Zudem hatte er gespürt, es mit einem Städter zu tun zu haben, einem Gebildeten gleich ihm selber; nicht mit einem Bauernrammel, aus denen das Regiment fast ausschließlich zusammengesetzt war.

„Funk, Sie kennen Ihnen noch wenig aus, gell“, sagt er wohlwollend. „Es wird schon werden.“ Er ist ein großer Mann mit guter Gesichtsfarbe, die breite Brust ist in einen leidlich sitzenden Waffenrock hineingewölbt, an den kleinen Fingern beider Hände blitzen üppige Ringspiralen mit Steinen, wie auch die Offiziere es lieben — hier freilich nicht ganz frei von Messingglanz und Glasblidtheit. „Funk, wenn ich recht verstanden habe, Sie sind ein gebildeter Mensch, was ich sehe, drum wird es Ihnen interessieren, in großen Zügen ein Bild der Lage zu gewinnen. Sehen Sie — dort — in etwa sechs Kilometer Entfernung ist vorderste Linie und unser Regimentsabschnitt. Ein Kilometer hinterm vordersten Graben liegt unser Verbandplatz Fromelles; Sie werden heute noch dort sein. Er ist zur Zeit besetzt von den Trägern der vornliegenden Kompanien, von sechzehn Mann, einem Unteroffizier und einem Arzt. Ein zweiter Arzt — jedes Bataillon hat nämlich zwei — ist vorn im Graben zusammen mit drei Unteroffizieren. — Ja, Sie werden Ihnen vielleicht wundern und meinen: da sind die Sanitätsunteroffiziere im Graben vorn schlechter dran als die Krankenträger auf dem Verbandplatz. Wie man's nimmt. Ich weiß nicht, was ich wählen möchte. Die Krankenträger müssen nämlich hin und her laufen über freies Feld zum Teil, wenn was los ist, und los ist auch in unseren ruhigen Zeiten immer etwas. Die im Graben sitzen, sitzen für sechs Tage fest und gedeckt. Sie hocken zwar ganz vorn, aber sie brauchen sich doch nicht zu

rühren, es sei denn — no ja, wenn ein Angriff ist, dann geht's keinem gut, ob Graben oder Verbandplatz. Aber Angriffe: die haben wir ganz verlernt, und die Engländer — uns gegenüber sind nämlich Hochländer — offenbar auch. Wissen Sie, wann wir hergekommen sind? Vor einem halben Jahr. Da ging's wild auf — Preußen haben wir abgelöst — und von der Ablösung müssen die drüben was gemerkt haben. Denn sie haben geschossen wie narrisch, damals erst hat das Dorf böß gelitten. Aber dann ist's ruhig geworden und immer ruhiger. Schön ausgebaut ist unsere Stellung; wie stattdich unser Revier ist, sehen Sie selber; nicht einmal im Keller, ganz frech in ersten Stockwerken: der Kommandeur und andere Herren vom Regimentsstab, der Ortskommandant, der Grabenoffizier, der Herr Stabsarzt und so fort. Wir bauen Gemüse an und Obst in weiten Gärten. Daß noch ein wenig Zivilbevölkerung herumkraucht, werden Sie schon bemerkt haben: der Bürgermeister, ein paar alte Männer und ein paar Weiber, die auch nicht schön sind — hat, bis auf etliche junge, die für uns waschen; die sind heilsam noch in anderer Richtung.“

Er lacht, er sieht zum Himmel auf und sagt belehrend: „Sehen Sie, Funk, da ist ein Flieger. Beachten Sie die weißen Batzerln, die Wölchchen hinter ihm, das sind explodierende Schrapnells, hören Sie, wie's windig rumpelt; ganz schwächlich kracht's, und treffen tun die nie was.“

Fähnlein ist unzufrieden. Funk ahnt nicht — und es beschäftigt ihn auch selbst wenig — wer da auf wen schießt, ob der Engländer feuert und der Deutsche im Flugzeug sitzt, oder ob es umgekehrt ist. Er fragt auch nicht, und Fähnlein weiß schon wieder Neues.

„Sie meinen, es wär' kompliziert? Merken Sie sich die Dreizahl: vorderster Graben, Reservestellung, Ruhe. Da drauf hinauf verteilen sich im währenden Wechsel die drei Bataillone, aus denen das Regiment besteht. Die drei Dinger sind hintereinander gestaffelt, und der ganze Raum hat so seine Tiefe von zehn Kilometern, aber eine viel geringere Breite. Gar nicht schwierig. — Und wir hier in Fournes? Wir sind Regimentsstab und Revier und was so drum und dran hängt mit Kanzeleien und Kasinos. — Das wär' alles.“

Pause. Fähnlein scheint sich erschöpft zu haben.

Betriebsrätewahlen in vier Großbetrieben.

Wir geben hier die Wahlergebnisse der 4 größten Betriebe wieder, in denen die Wahl in diesem Jahre bereits erfolgte.

AEG Berlin, Brunnenstraße.					
		1933		1931	
Arbeiter-Rat:					
Freie Gewerkschaft	801	5 Sitze	1397	7 Sitze	
RGO	1321	8 "	1997	10 "	
NSBO	188	1 "	380	2 "	
Angestellten-Rat:					
AFA Bund	320	5 Sitze	733	7 Sitze	
Godag	216	4 "	481	4 "	
GdA	65	1 "	123	1 "	
RGO	—	—	—	—	

Da die RGO in Ermanglung einer eigenen Liste bei den Angestellten diese aufgefordert hatte, für die Arbeiterliste der RGO zu stimmen, waren die auf diesen Rat hin abgegebenen 10 Stimmen ungültig. Waren diese Stimmen für die Liste der Freien Gewerkschaft abgegeben worden, so hätten diese nicht 5, sondern 6 Sitze erhalten und der Gedag nicht 4, sondern nur 3 Sitze.

Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 6 Freigewerkschaften, 7 RGO-, 2 Gedag- und 1 Nazivertreter.

Siemens-Schuckertwerke A. G., Kabelwerk, Berlin.					
		1933		1931	
Arbeiter-Rat:					
Freie Gewerkschaft	733	5 Sitze	1068	7 Sitze	
RGO	1026	6 "	1101	7 "	
NSBO	284	1 "	374	2 "	
Gelbe u. Stahlhelm	452	3 "	610	3 "	
Angestellten-Rat:					
AFA Bund	156	2 Sitze	265	3 Sitze	
DIIV und Nazi	486	8 "	765	9 "	

Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 5 Freigewerkschaftern, 6 RGO-, 3 DIIV- und 1 Nazivertreter und 2 Gelben.

„WEHAG“ (Werke der Stadt Halle, Akt.-Ges.).

Im Elektrizitätswerk und im Gaswerk war nur eine Liste, und zwar der Freien Gewerkschaften aufgestellt worden, die somit als gewählt galt.

Im Straßenbahn-Betrieb:

Freie Gewerkschaft	607	8 Sitze
RGO	58	0 "
NSBO	72	1 Sitz

In der Zusammensetzung des Betriebs-Rates ändert sich nichts.

Im Wasserwerk:

Freie Gewerkschaft	103	5 Sitze
RGO	26	1 Sitz

Bei der vorigen Wahl waren 2 Kommunisten gewählt auf der Liste der Freien Gewerkschaften.

Zeche Beeckerwerth in Hamborn.

Arbeiter-Rat:	Freie Gewerkschaft	1933	1931
	Christen	584	308
	RGO	287	232
	NSBO	582	838
		169	—

Zu dem Wahlergebnis auf Zeche Beeckerwerth wurde uns geschrieben:

Gegen die beiden freigewerkschaftlichen Betriebsräte Just und Bernschneider wurden von seiten der Kommunisten etwa 14 Flugblätter geschrieben, um die Belegschaft „wahrhaftig“ zu machen. Das schlechte Wahlergebnis der RGO hat ihre abstoßenden Kampfmethoden und ihre Unfähigkeit zur Ursache. In einer Werkzeitung schrieb die RGO z. B., daß in dem einen Revier statt des Soll's von 800 nur 250 Wagen angefahren worden seien — die Arbeiter übten passive Resistenz. Tatsächlich waren aber 815 Wagen gefördert worden. Die Werksleitung übte trotzdem auf Grund der Lüge einen Druck auf die Arbeiter aus, „da die Belegschaft nicht

arbeiten wolle“. So wurden die RGO-Leute genötigt, die Lüge zu dementieren.

Ein andermal wurde ein Kollege des „Bergbauindustriearbeiter-Verbandes“ in einer Versammlung niedergeschlagen, als er die schmähenden Aeußerungen eines EVBD-Mannes (Roter „Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands“) als Lüge bezeichnete.

Der Spitzenkandidat der diesjährigen Roten Liste legte einen Tag, nachdem er zum Vorsitzenden des Arbeiter-Rates gewählt worden war, dies Amt nieder, weil er sich diesem Amt nicht gewachsen fühlte. Der zweite Kandidat dieser Liste nahm das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden aus demselben Grunde gar nicht erst an. W. Sch.

Daß eine so schlechte Arbeit keine Empfehlung ist, versteht sich von selber.

Gleichzeitig wird uns mitgeteilt, daß die Freie Gewerkschaft der Bergarbeiter 25 neue Mitglieder gewonnen hat, darunter ein Kollege aus dem Roten Bergarbeiter-Verband.

Auf der Funktionärkonferenz des „Bergbau-Industriearbeiterverbandes“ am 15. Januar in Oberhausen wurde mitgeteilt, daß in dem Gebiet Oberhausen-Hamborn 280 Neuaufnahmen gemacht worden sind.

5,97 Millionen amtlich registrierte Erwerbslose, wie im Vorjahr.

b. Am 15. Januar trifft die amtliche Erwerbslosenkurve — erstmalig in den letztvergangenen fünf Jahren! — mit der des Vorjahres zusammen. Die Reichsanstalt hat Mitte Januar, wie zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, 5 966 000 Erwerbslose gezählt; das ist seit Ende Dezember eine Zunahme um rund 193 000. In der ersten Januarhälfte des Vorjahres hatte die Erwerbslosigkeit noch um 300 000 zugenommen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug Mitte Januar 2 214 000; hiervon entfielen auf die Arbeitslosenversicherung 867 000 und auf die Krisenfürsorge 1 347 000

Unterstützte. Nicht gesondert gezählt wurde Mitte dieses Monats die Zahl der „anerkannten“ Wohlfahrtserwerbslosen und die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten.

Nicht gezählt worden ist ferner — wie üblich — die „Armee der Hoffnungslosen“;

die den Weg zur Stempelstelle gar nicht erst machen, weil er ihnen doch nichts bringt: weder Arbeit, noch Unterstützung. Da diese zweite Reservearmee größer ist als voriges Jahr, besagt der Umstand, daß die amtlichen Erwerbslosenkurven der Jahre 1932 und 1933 sich berühren, tatsächlich gar nichts!

Zeichen der Not.

In der Konsumzweigstelle der Liebigstraße (Berlin) nahm ein junger Mann den beiden Verkäuferinnen unter Drohungen mit einer Pistole den Inhalt der Ladenkasse, etwa 97 Mark, ab und entkam dann unerkannt.

Aus Bromberg wird gemeldet, daß dort Kohlendiebstähle organisiert werden, bei denen die Täter auf vorbeifahrende Güterzüge aufspringen und die Kohlen aus dem Wagen werfen. — Bei diesem gewiß aus Not begangenen Diebstahl wurde neulich ein junger Mann durch einen Polizisten vom Wagen heruntergeschossen und schwer am Kiefer verletzt.

In einer „Nordstern“-Filiale in der Ratiborstraße 28 (Berlin) entwendeten 8 junge Burschen etwa 50 Pfund Wurstwaren im Werte von 48 Mark und entkamen unerkannt.

Der Versuch zweier junger Männer, in einem Zweiggeschäft der Butterhandlung Hoffmann in der Prinz-Eugen-Straße (Berlin) die Ladenkasse zu rauben, wurde durch die lauten Hilferufe der Verkäuferin vereitelt.

Im Hamburger Hafen geriet das dänische Motorschiff „Alesia“ in Brand. Das Schiff war am 13. Januar von Ostasien angekommen und hatte eine große Ladung Kopra Gummi an Bord. Die einzige Rettung lag darin, daß man die beiden Luken, in denen die Kopra in heller Glut stand, unter Wasser setzte. Das Schiff hatte auch Fahrgäste an Bord, die sich auf die Kaimauer retteten.

Ski-Unfälle.

Aus Glatz wird gemeldet: In der Nähe von Seitenberg ereigneten sich zwei schwere Sportunfälle. Während sich ein Skifahrer bei einem schweren Sturz einen komplizierten Beinbruch zuzog, brach sich ein anderer bei einem Sturz das Genick und war sofort tot. Die Personalien des Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eicher, Berlin Anzeigen-R. Linemann, Berlin, Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerel und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

BERLIN

Herde Oefen / Gaskocher
niemals besser und
niemals billiger als bei
C. F. W. Lademann Söhne
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85
U-Phil Inselbrücke

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 87/88
Telefon: D 8 Wedding 2358
Bei Vorzeig d. Inserates 5% Rabatt!

Obernemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf Aue 14

Selten
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

MAGDEBURG

Getrocknete
Bananen
sind nahrhaft u. billig
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund
brutto nur 8 Mark
frei Haus, n. a. Orton
Voranzahlung
auf Postcheckkonto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerlickestr. 104

Bürobedarfsartikel

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Ist Maßkleidung zu teuer?

Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger, dauerhafter und darum billiger als Konfektion. Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung! Machen Sie einmal den Versuch!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg / Johannisbergstraße 10 III.

Reparaturen von elektrischen Röhren.
Klingelanlagen usw. Spezialität.

Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GOTTINGEN / Jüdenstraße 8, III

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt eure Zeitung

BERLIN

KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 23. Januar:
Verlängerte Uraufführung des
Eskimo-Films
IGLU
Wildwasserfahrt
Ein Kanusportfilm
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

MALIK-

ERFOLGE

1932

Ausführliche
Prospekte
kostenlos

Sergej Tretjakow
Den Schi-Chua
Ein junger Chinese erzählt
sein Leben
509 Seiten. 17. Tausend.
Steifdeckelb. 2.85. Lein. 4.80

Theodor Plivier
**Der Kaiser ging,
die Generale
blieben**
Ein deutscher Roman
348 Seiten. 17. Tausend
Steifdeckelb. 2.85. Lein. 4.50

Ilja Ehrenburg
**Moskau glaubt
nicht an Tränen**
Ein Pariser Roman
10. Tausend
Steifdeckelb. 3.20. Lein. 4.80

Denise Leblond-Zola
ZOLA
Herausgeb. u. komment.
von F. C. Weiskopf
346 Seiten mit 44 Bildern
6. Tausend. Leinen 5.50

30 Neue Erzähler
**Des neuen
Deutschland**
Junge deutsche Prosa
768 Seiten. 12. Tausend
Leinenband 3.75

Upton Sinclair
ALKOHOL
Ein Prohibitionsroman
480 Seiten. 15. Tausend
Steifdeckelb. 2.85. Lein. 4.80

F. C. Weiskopf
**Zukunft
im Rohbau**
18 000 km
durch die Sowjetunion
310 Seiten. 5. Tausend
Steifdeckelb. 2.85. Lein. 4.25



